

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

17. Juni 2019

Afghanistan

Kampfhandlungen und Militäroperationen

Medien berichteten in den vergangenen Wochen hauptsächlich von Kampfhandlungen in den Provinzen Nangarhar (Osten), Paktia (Südosten), Farah, Helmand, Kandahar, Zabul (Süden) und Kunduz (Nordosten). In den Provinzen Faryab (Norden), Baghlan, Kunduz und Paktia konnten mehrere Dutzend Personen aus Gefängnissen der Taliban befreit werden. In der Provinz Farah (Westen) kam ein bekannter Anführer und in der Provinz Sar-e-Pul (Norden) ein prominenter Kommandant der Taliban zu Tode. In der Provinz Kunduz gelang die Zerstörung eines Hauptquartiers der Taliban.

IS bekennt sich zu Selbstmordanschlag in Jalalabad

In Jalalabad, der Hauptstadt der Provinz Nangarhar, ereignete sich am 13.06.19 ein Selbstmordanschlag, der neben einem Dutzend Schwerverletzter mindestens elf Todesopfer forderte.

Zum Anschlag bekannten sich Zellen des vormals im Irak und in Syrien aktiven IS, auch ISIS oder ISIL (Islamic State of Iraq and the Levant) genannt. Seit dessen Schwächung im Mittleren Osten schließen sich ehemalige ISIS-Kämpfer dem in Afghanistan tätigen ISKP (Islamic State Khorasan Province) an. Die Zahl der ursprünglich im Osten Nangarhars aktiven Mitglieder ist mittlerweile auf mehrere Tausend angestiegen (vgl. BN v. 03.06.19). Der IS ist in Afghanistan inzwischen auch in den Nachbarprovinzen Nangarhars Nuristan, Kunar und Laghman präsent.

Algerien

Verhaftungen

Mehrere prominente Vertreter des Machtapparates Bouteflikas wurden unter dem Vorwurf der Korruption verhaftet. Zu den verhafteten ehemaligen Amtsträgern gehören die beiden ehemaligen Premierminister Abdelmalek Sellal und Ahmed Ouyahia sowie mehrere frühere Minister, etwa der frühere Verkehrsminister Abdelghania Zaalane und der frühere Finanzminister Karim Djoudi. Nach dem Rücktritt Bouteflikas waren auf Druck von Demonstranten und des Militärs diverse Untersuchungen eröffnet worden.

Demonstrationen

Weiterhin erfolgen Großdemonstrationen, bei denen die Verhaftung prominenter Unterstützer des Regimes Bouteflikas und das Ende der Einflussnahme durch die politischen Eliten Algeriens, genannt „le pouvoir“, gefordert wurden. Damit erfolgten diese nach wie vor friedlichen Demonstrationen nun die 17. Woche hintereinander.

Proteste gegen Interimspräsident Bensalah

Interimspräsident Bensalah, dessen Amtszeit am 09.07.19 enden sollte, hat erklärt länger im Amt bleiben zu wollen. Nachdem der Verfassungsrat den Wahltermin am 04.07.19 abgesagt und auf unbestimmte Zeit verschoben hat, haben die Menschen auch am 07.06.19 nach dem Freitagsgebet auf den Straßen demonstriert.

Benin

Ex-Präsident de facto unter Hausarrest; Ausschreitungen

Der frühere Staatspräsident Boni Yayi (2006 - 2016) steht de facto unter Hausarrest. Die Polizei kontrolliert den Zugang zu seinem Haus in Cotonou. Er hatte Proteste gegen den Ausschluss von Oppositionsparteien von der Parlamentswahl vom 28.04.19 unterstützt.

In seiner Heimatstadt Tchaourou (Département Borgou) kam es am 10.06.19 zu Auseinandersetzungen, als die Polizei zwei Personen wegen ihrer führenden Rolle bei Protesten im Zusammenhang mit der Parlamentswahl festnahm. Auch am 13.06.19 kam es dort zu Gewalt, als die Polizei gegen Protestierende vorging, die Straßensperren errichtet hatten. Am selben Tag kam es auch in Savé (Département Collines) zu Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und der Polizei. Unbestätigten Berichten zufolge soll es in beiden Orten bis zum 15.06.19 Dutzende Verletzte gegeben haben, in Savé sollen mindestens zwei Personen getötet worden sein.

China

Hongkong: Massenproteste gegen Auslieferungsgesetz

Am 16.06.19 demonstrierten die Organisatoren zufolge fast zwei Millionen der mehr als sieben Millionen Einwohner Hongkongs gegen geplante Änderungen von Auslieferungsbestimmungen; die Polizei ging von 338.000 Teilnehmern aus. Sie forderten den völligen Verzicht auf das Gesetzesvorhaben und den Rücktritt der Regierungschefin.

Vorausgegangen war eine Demonstration am 09.06.19, an der laut Polizei 240.000, laut Organisatoren mehr als einer Million Menschen teilnahmen. Nachdem sich die friedlich verlaufende Demonstration aufgelöst hatte, ging die Polizei in der Nacht gegen Demonstranten vor, die gewaltsam den Parlaments- und Regierungssitz zu stürmen versuchten.

Am 12.06.19 blockierten Tausende Demonstranten den Zugang zum Parlaments- und Regierungssitz im Stadtteil Admiralty. Damit verhinderten sie eine Debatte des Auslieferungsgesetzes im Hongkonger Legislativrat. Nachdem Hongkongs Führung nicht auf die Forderung der Demonstranten, die Gesetzesänderungen zurückzuziehen, eingegangen war, eskalierten die Proteste. Unter Einsatz von Tränengas, Pfefferspray und Gummigeschossen löste die Polizei die Demonstration auf. Etwa 80 Personen wurden verletzt. Die Debatte des Gesetzes wurde daraufhin bis auf Weiteres verschoben. Ursprünglich sollte die Gesetzesänderung am 20.06.19 verabschiedet werden. Am 15.06.19 erklärte Regierungschefin Carrie Lam, die Gesetzesänderung vorerst auszusetzen.

Das Auslieferungsgesetz würde es Hongkong erlauben, verdächtige Kriminelle auf Ersuchen chinesischer Stellen an die Volksrepublik China auszuliefern. Kritiker befürchten, dadurch könnten u.a. Aktivisten und Regierungskritiker, die in Hongkong bislang freier als in der Volksrepublik agieren können, ausgeliefert und die Menschenrechte Betroffener verletzt werden. Die Justiz der Volksrepublik entspricht nicht internationalen Standards und ist nicht unabhängig. Auch kommt es zu politisch motivierten Verurteilungen Andersdenkender.

Hongkong ist seit 1997 eine Sonderverwaltungsregion der Volksrepublik China und untersteht laut der chinesischen Verfassung der Zentralregierung, genießt jedoch einen hohen Grad an Autonomie. So nahmen am 04.06.19 in Hongkong laut Polizei mehr als 30.000, laut Organisatoren etwa 180.000 Menschen an einer Kundgebung anlässlich des 30. Jahrestags der gewaltsamen Niederschlagung von Studentenprotesten am 04.06.1989 in Peking teil. In der Volksrepublik ist Derartiges verboten.

DR Kongo

Zusammenstöße zwischen Anhängern von Kabila und Tshisekedi in Kinshasa

Am 12.06.19 kam es in Kinshasa zwischen Anhängern der Partei UDPS, deren Anführer Felix Tshisekedi seit Januar 2018 Staatspräsident des Kongo ist, und Anhängern der PPRD, die vom früheren Staatspräsidenten Joseph Kabila gegründet wurde, zu gewaltsamen Zusammenstößen. Diese fanden in der 12. Avenue sowie auf dem Boulevard Sendwe und dem Boulevard Lumumba statt. Beispielsweise ereigneten sich Auseinandersetzungen vor dem Hauptsitz der Jugendliga der PPRD in der 6. Straße im Stadtviertel Limete. Mehre-

re Parteibüros der in Kabilas Parteienbündnis „Gemeinsame Front für den Kongo“ (FCC) vertretenen Parteien wurden geplündert. Die Polizei ging mit Tränengas und Warnschüssen gegen die Kämpfenden vor. Den Auseinandersetzungen vorausgegangen war am Morgen des 12.06.19 eine Demonstration der militanten Jugendlichen der PPRD (sog. „Red Berets“) vor dem Volkspalast (Sitz der Nationalversammlung), wo sie gegen eine Aktion der Jugendlichen der UDPS zwei Tage zuvor an gleicher Stelle demonstriert hatten. Bei dieser Aktion sollen UDPS-Anhänger mehrere Abgeordnete des Kabila-Lagers angegriffen haben, die sie beschuldigten, Tshisekedi beleidigt zu haben. Derzeit bilden die beiden Lager von Tshisekedi und Kabila eine Regierungskoalition. Es ist bisher jedoch noch keine Einigung über die Besetzung der Ministerposten im Kabinett erzielt worden.

Irak

Sicherheitslage

In Irak kommt es weiterhin zu Anschlägen mit Toten und Verletzten. So griffen am 06.06.19 IS-Kämpfer ein Dorf in der Provinz Salahuddin an und töteten zwei Zivilpersonen, zwei weitere wurden verletzt. Am selben Tag wurden bei einer Bombenexplosion nordöstlich von Mosul vier Feuerwehrleute verletzt. Am 08.06.19 wurden bei drei Anschlägen in der Provinz Kirkuk insgesamt acht Menschen getötet und verletzt. Bei einer Bombenexplosion in der Provinz Anbar wurde ein Polizist verwundet. In der Provinz Diyala starben infolge von Bombenexplosionen im Zeitraum vom 08. bis 12.06.19 mindestens zwei Zivilpersonen, mindestens eine weitere wurde verletzt. Am 11.06.19 wurde bei einem Granatenangriff nordöstlich von Bagdad ein Angehöriger der Sicherheitskräfte getötet und vier weitere verletzt. Am 13.06.19 wurden bei einem Selbstmordanschlag auf ein Spirituosengeschäft im Zentrum von Bagdad zwei Zivilisten verletzt. Am 15.06.19 wurden nordwestlich von Hilla, Provinz Babil, zwei Angehörige der Popular Mobilization Forces (PMF) bei einer Autobombenexplosion verletzt.

Die irakische Armee startete am 16.06.19 unterstützt von der Bundespolizei (Federal Police) und den Popular Mobilization Forces (PMF) eine groß angelegte Militäroperation nordöstlich von Baquba, in der Provinz Diyala, um Kämpfer des IS aufzuspüren.

Der Minenräumdienst der Vereinten Nationen gab am 09.06.19 bekannt, dass 70 Prozent der nicht explodierten Munition im Irak noch nicht geräumt seien.

Feldbrände in Irak

Lt. Pressemeldung vom 09.06.19 flohen aufgrund schwerer Brände auf Weizen- und Gerstenfeldern in der Gegend um Sinjar, Provinz Ninive, schätzungsweise 700 Familien nach Mosul. Zwei Bauern seien ums Leben gekommen. Irakische Sicherheitskräfte machen Kämpfer des IS für die Brände verantwortlich. In der vorangegangenen Woche habe es auf landwirtschaftlichen Flächen in der Region mehrmals gebrannt.

Barzani legte Amtseid ab

Am 10.06.19 wurde Nechirvan Barzani, Neffe des langjährigen Präsidenten Massud Barzani, als Präsident der Kurdischen Region-Irak vereidigt. Das kurdische Regionalparlament hatte Barzani vor zwei Wochen zum Präsidenten gewählt.

IS-Anhänger in Irak zum Tode verurteilt

Anfang Juni 2019 verurteilte ein irakisches Gericht zwei weitere mutmaßliche IS-Kämpfer aus Frankreich. Irakischen Justizkreisen zufolge seien damit nun mehr als neun Franzosen wegen Mitgliedschaft in der Terrormiliz IS zum Tode verurteilt worden. Gegen die Urteile könne noch Berufung eingelegt werden.

Jemen

Luftangriffe

Es kam in der Zeit vom 02. bis 14.06.19 zu einer Reihe von Angriffen der saudi-arabisch geführten Koalition auf Stützpunkte der Houthi-Rebellen:

Am 02.06.19 im Distrikt Sabra, Gouvernement Ibb sowie Distrikt Sanhan, Gouvernement Sanaa, am 07.06.19 auf das Nahdeen-Militärlager in der Nähe von Sanaa sowie auf Stützpunkte in Kitaf und Mounabih, Gouvernement Saadah, am 11.06.19 in den Bezirken Abs und Haradah im Gouvernement Hajjah, am 13.06.19 in den Gouvernements Sanaa, Dhamar und Saadah, am 14.06.19 in der Nähe der Hauptstadt Sanaa sowie auf die Städte Dhamar (Gouvernement Dhamar) und al-Matama (Gouvernement al-Jawf).

Weitere Kampfhandlungen

Regierungsfreundliche Kräfte sollen am 06.06.19 mehrere Houthi-Rebellenpositionen im Bezirk al-Azariq, al-Dhali-Gouvernement, erobert haben.

Am 09.06.19 sollen mehrere Houthi-Rebellen bei einem Angriff der Regierungstruppen im Gouvernement Sadaah getötet worden sein.

In einer Moschee im Bezirk Azrak, Gouvernement al-Dhali, wurden während des Gebetes am 07.06.19 durch die Security Belt Forces (unterstützt von den VAE) angeblich fünf Menschen getötet und drei weitere entführt. Die Security Belt Forces verkündeten, dass es sich bei den Toten um Houthi-Rebellen handelt.

Am 07., 10. und 11.06.19 griff al-Qaida in the Arabian Peninsula (AQAP) die Shabwani Elite Forces (auch von den VAE unterstützt) in den Gouvernements von al-Bayda und Abyan an. Zwei Tage vor dem ersten Angriff gab AQAP eine Erklärung heraus, in der die Shabwani Elitetruppen vor bevorstehenden Angriffen gewarnt wurden.

Houthi-Rebellenangriffe auf Saudi-Arabien

Letzte Woche führten die Houthi-Rebellen mehrere Angriffe auf den Abha International Airport und die Stadt Khamis Mushait im Süden Saudi-Arabiens durch. Bei einem der Angriffe auf den Flughafen wurden 26 Personen verletzt. Die Houthi-Rebellen greifen den Süden Saudi-Arabiens zunehmend mit Drohnen und Raketen an (vgl. BN v. 27.05.19). Der Angriff auf dem Flughafen soll jedoch der erste Angriff sein, bei dem es zu verletzten Zivilisten gekommen ist.

Verhaftungen wegen Eid al-Fitr

Am 04.06.19 verhafteten die Houthi-Rebellen 25 Menschen in einer Moschee in der Hauptstadt Sanaa. Die Personen feierten das Eid al-Fitr Fest, den letzten Tag des Ramadans. Die religiösen Autoritäten der Houthis hatten zuvor festgelegt, dass das Eid al-Fitr erst am 5. Juni beginnen würde, während ein Erlass der Regierung von Präsident Hadi den Beginn für den 4. Juni vorsah.

Kamerun

Schwerer Angriff der Boko Haram auf Insel im Tschadsee

In der Nacht vom 09. auf den 10.06.19 griffen laut Regierungsangaben über 300 Boko-Haram-Kämpfer die im Tschadsee gelegene Insel Darak an. Bei Gefechten mit den Sicherheitskräften seien 16 Soldaten der Multi-National Joint Task Force, 64 Terroristen sowie acht Zivilisten getötet worden. Es sei einer der „blutigsten“ Angriffe der Boko Haram seit Jahren gewesen.

Kasachstan

Interimspräsident gewinnt Präsidentschaftswahl

Bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen in Kasachstan verkündete die zentrale Wahlkommission am 09.06.19 den Sieg von Interimspräsident, Kasym-Schomart Tokajew. Tokajew, welcher nach dem Rücktritt des langjährigen Regierungschefs Nursultan Nasarbajew im März 2019 zum Übergangspräsident ernannt worden war, gewann mit 70,8% der Stimmen. Der Oppositionspolitiker und ehemalige Journalist, Amirschan

Kosanow, lag mit 16% an zweiter Stelle. Der OSZE zufolge seien die Wahlen jedoch nicht frei und fair abgelaufen. Rund um die Wahl kam es zu zahlreichen Protesten in ganz Kasachstan. Es wurden hunderte Personen teils gewaltsam von kasachischen Sicherheitskräften festgenommen. Die Demonstranten hatten gegen die sozialen Missstände und Korruption protestiert. Insgesamt sollen Medienangaben zufolge 670 Personen inhaftiert worden sein, davon wurden 311 Inhaftierte bereits wieder freigelassen. Etwa 280 Personen erhielten Geldstrafen oder Verwarnungen.

Kenia

Tote bei Anschlag auf Polizeifahrzeug

Acht Polizisten starben am 15.06.19 im County Wajir an der Grenze zu Somalia bei einem Anschlag von al-Shabaab mit einem am Straßenrand deponierten Sprengsatz.

Libanon

Angriff auf Sicherheitskräfte in Tripoli

Am 03.06.19 erschoss ein Angreifer vier Sicherheitskräfte, verletzte mehrere und tötete sich selbst mit einem Sprengstoffgürtel. Der Angreifer sei zwischen 2016 und 2017 wegen IS-Mitgliedschaft in Haft gewesen. Keine Gruppe bekannte sich zu dem Anschlag. Gemäß Innenministerin, Raya al-Hassan, handle es sich um einen Einzeltäter. Am 04.06.19 wurden der Vater und Bruder des Angreifers verhaftet.

Libanon/Syrien

Restriktive Maßnahmen gegen syrische Geflüchtete

Am 01.06.19 veröffentlichte das libanesische Ministerium für Arbeit einen 13-Punkte-Plan gegen illegale Arbeitsverhältnisse von Ausländern. Ab dem 10.06.19 hätten Arbeitnehmer eine Frist von einem Monat um ihr Arbeitsverhältnis zu legalisieren. Offiziell besäßen von den schätzungsweise 1,5 Millionen syrischen Flüchtlingen nur 1.733 eine Arbeitserlaubnis. Der Plan sieht die Umsetzungen geltender Bestimmungen vor, z.B. Berufsverbote für Syrer und Verzicht der Arbeitsaufnahme bei Registrierung mit dem UNHCR.

Druck auf syrische Geflüchtete zur Rückkehr steigt weiter an

Nachdem am 05.06.19 ein Feuer nahe einer syrischen Flüchtlingssiedlung bei Deir al-Ahmar ausbrach, kam es zu Spannungen zwischen der syrischen Flüchtlings- und der lokalen Bevölkerung. Mindestens ein libanesischer Feuerwehrmann soll verletzt und mehr als 30 syrische Flüchtlinge verhaftet worden sein. Im Anschluss ordneten lokale Behörden die Evakuierung der Siedlung und eine Ausgangssperre an. Etwa 600 syrische Flüchtlinge verließen die Siedlung.

Bis zum 09.06.19 ordneten libanesische Behörden in Arsal an, Massivbauten im Flüchtlingslager zu zerstören, falls die Bewohner sie nicht selbst abreißen. Erlaubt seien nur Unterkünfte aus Holz und Plastik. Schätzungen zufolge seien etwa 5.682 Behausungen und 25.000 (inkl. 15.000 Kinder) syrische Geflüchtete in Arsal betroffen. Aktivisten betrachten derartige Regelungen als ‚Push-Faktoren‘, um syrische Flüchtlinge zur Rückkehr zu zwingen sowie die permanente Niederlassung im Libanon zu vermeiden.

Am 12.06.19 berichtete Amnesty International zudem von Einschränkungen bei der Erneuerung von Aufenthaltsgenehmigungen und einem zunehmend feindlichen Klima.

Libyen

Serraj ruft zu Wahlen 2019 auf

Am 16.06.19 rief das Oberhaupt der GNA (Government of National Accord)-Regierung zu landesweiten Wahlen noch im Jahr 2019 auf, um den laufenden Bürgerkrieg zu beenden.

Gefechte in Tripolis

Am 13.06.19 gab die WHO die Zahl der ihr bekannten Todesfälle und Verwundungen im Kontext der Kämpfe um Tripolis seit dem 04.04.19 mit 653 Toten und 3.547 Verwundeten an.

Die Kämpfe konzentrieren sich nach wie vor auf Ain Zara und den internationalen Flughafen.

Mali

20 Dschihadisten getötet

Bei einem Militäreinsatz malischer und französischer Soldaten sollen im Distrikt Akabar (Region Ménaka) 20 Dschihadisten getötet worden sein. Das malische Militär hatte diese Nachricht am 15.06.19 veröffentlicht, ohne weitere Einzelheiten zu nennen.

Viele Tote bei Angriff auf ein Dorf in der Region Mopti

In der Nacht vom 09. auf den 10.06.19 kam es zu einem bewaffneten Angriff auf ein Dorf der Dogon in der Gemeinde Sangha (Region Mopti). Nach ersten Angaben sollen mindestens 95 Zivilisten getötet worden sein; 20 weitere Personen gelten seitdem als vermisst. Später korrigierte die malische Regierung die Opferzahl auf 35 Tote, darunter 24 Kinder. Wie es zu der großen Differenz kommen konnte, blieb offen. Lokale Vertreter der Gemeinde widersprachen den korrigierten Zahlen und blieben bei der ursprünglichen Angabe von mindestens 95 Toten. Über die Angreifer ist bislang nichts bekannt. Die Regierung hatte zunächst von Terroristen gesprochen, es könnte sich aber auch um ethnisch motivierte Gewalt handeln. Seit einigen Jahren verschärfen sich zunehmend die Konflikte zwischen den Fulani/Peul, die der Viehzucht nachgehen, und den Dogon, die Landwirtschaft betreiben. In Mali ist es in diesem Jahr bereits der dritte schwere Angriff, der ausschließlich Zivilisten trifft (vgl. BN v. 25.03, BN v. 07.01.19).

Marokko

König spricht Begnadigungen aus

Anlässlich des Endes des Fastenmonats Ramadan hat König Mohammed der VI. 755 Verurteilte begnadigt. Unter ihnen sind 60 Personen, die wegen Beteiligung an Aktivitäten der oppositionellen Hirakbewegung verhaftet und verurteilt worden waren. Der marokkanische Minister für Menschenrechte Moustapha Ramid hofft nun, dass auch die zu 20 Jahren Haft verurteilten Anführer der Hirakbewegung, bei zukünftigen Amnestien berücksichtigt werden.

Nicaragua

Amnestie

Ein am 08.06.19 vom Parlament beschlossenes Amnestiegesetz regelt die Freilassung von Personen, die im Zusammenhang mit dem innenpolitischen Konflikt seit April 2018 festgenommen wurden. In Gesprächen mit der Opposition hatte die Regierung im März 2019 die Freilassung aller dieser Gefangenen bis zum 18.06.19 angekündigt. Die Amnestie gilt nur, sofern die Freigelassenen sich nicht erneut an Demonstrationen beteiligen. Außerdem sieht das Amnestiegesetz Strafflosigkeit für Gewalt vor, die durch Sicherheitskräfte und andere Regierungsanhänger verübt wurde. Am 10. und 11.06.19 wurden im Rahmen der Amnestie insgesamt 106 Häftlinge freigelassen; zuvor waren ab März 2019 bereits mehrere Hundert Gefangene in den Hausarrest entlassen worden.

Nigeria

Mindestens 34 Dorfbewohner von Bewaffneten in Zamfara getötet

In der Nacht zum 14.06.19 attackierte eine bewaffnete Bande im nordwestlichen Bundesstaat Zamfara die drei entlegenen Dörfer Gidan Wawo-Katuru, Tungar Kaho-Galadi und Kyalido-Katuru (Shinkafi Local Government Area). Hierbei wurden mindestens 34 Menschen getötet sowie Häuser niedergebrannt. In Zamfara kommt es seit mehreren Jahren immer wieder zu Überfällen bewaffneter Banden auf Dörfer.

Pakistan

Ex-Präsident Zardari in Islamabad verhaftet

Der ehemalige pakistanische Präsident Asif Ali Zardari wurde in seinem Haus in Islamabad festgenommen, nachdem ein Gericht in der Hauptstadt sein Kautionsgesuch abgelehnt hatte. Dem Parlamentsmitglied wird Geldwäsche vorgeworfen. Er soll erhebliche Geldsummen über gefälschte Bankkonten transferiert und außer Landes gebracht haben. In den Fall sollen auch Angehörige und Mitglieder der Pakistanischen Volkspartei (PPP) involviert sein. Zardari war in der Vergangenheit bereits mehrere Jahre wegen Korruptionsvorwürfen inhaftiert, ist aber nie rechtskräftig verurteilt worden. Aufgrund seiner angeblichen Bestechlichkeit hatte Zardari in der Bevölkerung den Spitznamen „Herr Zehn Prozent“. Er war Ehemann der 2007 ermordeten Ex-Premierministerin Benazir Bhutto und von 2008 bis 2013 Präsident Pakistans. Die PPP hatte er nach der Ermordung seiner Frau übernommen.

Pakistan/Afghanistan

Zur Lage afghanischer Geflüchteter in Pakistan

Am 17.06.19 beginnen in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad Gespräche zwischen Afghanistan, Iran, Pakistan und Vertretern des UNHCR zur Lage afghanischer Geflüchteter in den Nachbarländern und über Möglichkeiten zu deren Rückkehr ins Heimatland. Offiziell halten sich in Pakistan 1,4 Mio. registrierte afghanische Geflüchtete auf. Geschätzt leben genauso viele Unregistrierte im Land. Nach UN-Angaben sind mehr als die Hälfte davon afghanische Geflüchtete der zweiten und dritten Generation, die in Pakistan geboren wurden. Sie erhalten trotz des in Pakistan grundsätzlich geltenden Geburtsortsprinzips nicht die pakistanische Staatsbürgerschaft, sondern sog. Proof of Registration (PoR) Cards. Sie berechtigen zum vorübergehenden Aufenthalt in Pakistan und garantieren Freizügigkeit innerhalb des Landes, nicht aber den Erwerb von Grundeigentum und Eigentum an bestimmten beweglichen Sachen sowie den Besuch öffentlicher Bildungseinrichtungen. Außerdem müssen sie damit rechnen, mit Ablauf der Gültigkeit nach Afghanistan abgeschoben zu werden. Seine Gültigkeit verliert das Dokument in der Regel auch nach der Ausreise. Die Karte ist vom Aussehen mit einem Personalausweis vergleichbar und mit „Afghan Citizen - Proof of Registration“ überschrieben. Die afghanischen Geflüchteten leben oft zusammen in bestimmten Stadtteilen bzw. Lagern, in der größten Stadt Karachi, der Hauptstadt der Provinz Sindh, etwa im Muhajir Camp. Viele afghanische Geflüchtete der schiitischen Minderheit der Hazara haben sich im Hazara-Town genannten Stadtteil von Quetta, der Hauptstadt der Provinz Balochistan, niedergelassen.

Russische Föderation

Zeugen Jehovas in Dagestan verhaftet

Medienberichten zufolge sollen am 06.06.19 russische Sicherheitsbehörden 15 Mitglieder der Zeugen Jehovas in der nordkaukasischen Republik Dagestan verhaftet haben. Grund dafür sei die Organisation konspirativer Zusammenkünfte gewesen, mit dem Ziel extremistische Literatur zu studieren. Ein Sprecher der Gruppe konnte die Anzahl der festgenommenen Personen jedoch nicht bestätigen. Seinen Informationen zufolge sollen am 01.06.19 bei Hausdurchsuchungen in vier Städten Dagestans vier Mitglieder festgenommen worden sein.

Hunderte Demonstranten verhaftet

In Moskau wurden am 12.06.19 bei nichtgenehmigten Kundgebungen für den Journalisten Ivan Golunow mehr als 200 Menschen von der russischen Polizei verhaftet. Unter den Festgenommenen befanden sich der Oppositionspolitiker Aleksei Navalny sowie Journalisten.

Golunow war am 06.06.19 wegen angeblichen Drogenhandels festgenommen worden. Der Investigativjournalist hatte über Korruption in Russland berichtet. Golunow gab an, während der Untersuchungshaft missandelt worden zu sein. Auf die Festnahme des Journalisten folgte eine Welle öffentlicher Empörung und Solidarität. Drei führende russische Tageszeitungen sowie zahlreiche russische und internationale Journalisten solidarisierten sich mit Golunow. Unterstützung erhielt er zudem aus der Gesellschaft, die durch Mahnwachen und Petitionen ihre Solidarität bekundete. Am 11.06.19 erklärte das russische Innenministerium, alle Anschuldigungen gegen Golunow seien fallengelassen worden. Noch am selben Tag wurde der Journalist aus dem Hausarrest entlassen.

Somalia

Angriffe

Bei zwei Explosionen am 15.06.19, die beide auf Kontrollpunkte in der Nähe des Flughafens und des Präsidentenpalastes in Mogadischu abzielten, wurden mehrere Personen getötet und verletzt. Al-Shabaab übernahm die Verantwortung für den Angriff.

Kampfhandlungen

Am 03.06.19 soll die Somali National Army (SNA) die Dörfer Ali Hared und Jungle im Bezirk Bardhere, Region Gedo, erobert haben. Mehrere al-Shabaab-Kämpfer wurden dabei getötet oder verletzt.

Am 08.06.19 eroberten al-Shabaab-Kämpfer die Stadt af-Urur nahe der Galgala Mountains in Puntland. Al-Shabaab-Kämpfer eroberten die Stadt, nachdem sich die Puntland Security Forces zunächst aus dem Gebiet zurückgezogen hatten, die Stadt jedoch am 11.06.19 zurück eroberten.

Somalische Danab Special Forces führten am 12.06.19 eine Operation gegen al-Shabaab im Dorf Arare bei Kismayo durch. Berichten zufolge wurden mehrere al-Shabaab-Milizionäre getötet.

Zivilisten hingerichtet

Berichten zufolge wurden am 14.06.19 als Vergeltung für die Ermordung eines Polizisten durch al-Shabaab am Rande der Stadt Galkayo (Region Mudug) neun Zivilisten von einer lokalen Miliz getötet. Die Zivilisten, die alle zum Rahanweyn-Klan gehörten, standen im Verdacht, mit al-Shabaab zusammenzuarbeiten.

Hunger und Vertreibung

UNHCR zufolge könnten vor Juli 2019 5,4 Millionen Menschen von Nahrungsmittelunsicherheit betroffen sein. 2,2 Millionen davon wären ohne humanitäre Hilfe in großer Not. Hauptgrund dafür ist der unterdurchschnittliche Niederschlag in der Regenzeit zwischen April und Juni 2019 sowie im Herbst letzten Jahres (vgl. BN v. 20.05.19). Die am stärksten betroffenen Gebiete sind die Regionen Sanaag, Sool, Awdal, Bari, Nugaal, Mudug, Galgaduud und Hiraaan. Die letzte Dürre in Somalia von 2016 bis 2017 führte zur Vertreibung von über einer Million Menschen. Viele davon sind bis heute noch nicht zurückgekehrt.

Islamic State in Somalia

Das United States Africa Command (US AFRICOM) erklärte am 03.06.19, dass der Islamische Staat in Somalia (ISS) weiterhin rekrutiert und derzeit etwa 300 Kämpfer hat. Davon operieren die meisten in Puntland. AFRICOM hat seit April 2019 mehrere Luftangriffe gegen den ISS durchgeführt.

Sudan

Gewaltsames Vorgehen gegen Demonstranten mit vielen Toten

Am Morgen des 03.06.19 eskalierte die Lage in der Hauptstadt Khartum. Sicherheitskräfte gingen gewaltsam gegen die wochenlange Sitzblockade der Demonstranten auf dem Platz vor dem Hauptquartier der Armee vor und lösten diese auf. Aktuelle Angaben des sudanesischen Gesundheitsministeriums zu Todesfällen belaufen sich auf 61 Tote, die Opposition spricht von 108. Es soll mehr als 300 Verletzte gegeben haben. Sicherheitskräfte sollen auch Krankenhäuser und Mitarbeiter angegriffen haben. Für das gewaltsame Vorgehen gegen die Demonstranten werden die paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) verantwortlich gemacht. Die Opposition spricht von einem „blutigen Massaker“. Der militärische Übergangsrat kündigte daraufhin alle Vereinbarungen mit der Opposition auf und gab bekannt, dass es in neun Monaten Neuwahlen geben soll.

Der UN-Sicherheitsrat berief eine Sondersitzung ein, um über die Krise im Sudan zu beraten. Die Afrikanische Union (AU) teilte am 06.06.19 mit, dass der Sudan mit sofortiger Wirkung aus der Afrikanischen Union ausgeschlossen werde. Das Land werde von allen Aktivitäten ausgenommen, bis eine zivile Übergangsregierung eingerichtet worden ist.

Die Opposition rief nach der gewaltsamen Niederschlagung des Protests zu einem Generalstreik und zu zivilem Ungehorsam auf. Der Streik begann am 09.06 und wurde am 11.06.19 von der Opposition beendet, die ihn als Erfolg im Widerstand gegen den militärischen Übergangsrat bezeichnete. Die Opposition gab außerdem bekannt, dass sie mit der Hilfe eines Vermittlers erneut mit dem Militär verhandeln werde.

Syrien

Lage im Nordwesten des Landes

Zivile Helfer und Zivilisten berichteten, dass bei Luftschlägen des russischen Militärs am 10.06.19 gegen mehrere Dörfer im Süden Idlibs mindestens 25 Personen, die meisten von ihnen Zivilisten, getötet wurden. Mehr als 300.000 Personen sind UN-Berichten zufolge von den umkämpften Gebieten in das nördliche Grenzgebiet zur Türkei geflohen. Der Syrienbeauftragte für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der UN warnte am 10.06.19 davor, dass bis zu zwei Millionen Flüchtlinge aus Syrien in die Türkei fliehen könnten, sollte sich die Lage im Nordwesten des Landes weiter verschlimmern.

Am 12.06.19 konnte russischen Medienberichten zufolge nach mehr als sechs Wochen schwerer Kämpfe ein Waffenstillstand zwischen der syrischen Regierung und den Rebellengruppen in Idlib ausgehandelt werden. An den Verhandlungen sollen Russland auf Seiten des Assad-Regimes und die Türkei auf Seiten der Rebellen teilgenommen haben. Der Waffenstillstand sollte in der Nacht auf den 13.06.19 in Kraft treten, doch zu den Bedingungen und zur Dauer der Vereinbarung gaben weder Russland noch die Türkei Auskunft. Bei Kämpfen am 15.06.19 sollen der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte zufolge 26 Kämpfer auf Seiten der syrischen Regierung und acht Rebellen getötet worden sein. Seit dem 30.04.19 wurden insgesamt mehr als 300 Zivilisten getötet.

Rebellengebiete: Außenposten des türkischen Militärs unter Beschuss

Bereits am Morgen des 13.06.19 klagte der türkische Verteidigungsminister die syrische Regierung an, einen Beobachtungsposten der türkischen Armee in Sheir Maghar unter schweren Beschuss genommen zu haben. Drei türkische Soldaten wurden dabei leicht verletzt. Das russische Militär beschuldigte Rebellenmilizen, den Angriff ausgeführt zu haben und führte mehrere Luftschläge in dem Gebiet durch. Am 16.06.19 kam es türkischen Regierungsangaben zu einem weiteren mutmaßlich vorsätzlichen Beschuss eines türkischen Außenpostens, diesmal in Morek, einer Ortschaft an der Grenze von Hama zu Idlib. Erstmals beschoss daraufhin das türkische Militär syrische Stellungen mit eigenem schwerem Gerät.

Kämpfe unterbrechen Nahrungsversorgungskette

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen warnte am 11.06.19, dass die Hilfsorganisation und ihre Partner ihre Operationen im Süden Idlibs zwischenzeitlich einstellen mussten. Seit Mai 2019 wären ca. 7.000 Menschen im Gebiet um Qalaat al-Madiq von der UN-Unterstützung abgeschnitten.

Türkisches Militär tötet kurdische Kämpfer

Das türkische Verteidigungsministerium erklärte am 11.06.19, die Armee hätte zehn kurdische Kämpfer in der Region Tel Rifaat getötet. Bei der Offensive hätte es sich um eine Vergeltungsaktion für einen getöteten türkischen Soldaten gehandelt.

Türkei

Fortschrittsbericht der EU

Die EU-Kommission hat in ihrem jährlichen Fortschrittsbericht für die EU-Beitrittskandidaten in der Türkei Rückschritte in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte festgestellt. Die Türkei habe sich von der EU weiter wegbewegt. In dem Bericht vom 29.05.2019 wird aufgeführt, dass es ernste Bedenken gebe, aufgrund der infolge des Putschversuches 2016 erfolgten Entlassungen, Festnahmen und Inhaftierungen während des Ausnahmezustandes. Auch die jüngste Annullierung der Bürgermeisterwahl in Istanbul, nachdem der Oppositionskandidat aus dem Urnengang als Sieger hervorgegangen war, sowie die Einsetzung von zweitplatzierten Kandidaten bei der Besetzung von Bürgermeisterämtern im Südosten des Landes gebe Anlass zur Kritik. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes im Juli 2018 habe zu keiner umfassenden Aufhebung der Gesetze geführt, die den Schutz von Aktivisten, Menschenrechtlern, Journalisten und Akademikern drastisch beschnitten. Die EU-Kommission sehe gravierende Rückschritte bei den Grundrechten, unter anderem in Bezug auf die Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Des Weiteren habe die Einführung des Präsidialsystems zu einer Verminderung der Überwachungsfunktion des Parlaments sowie einer stärkeren Politisierung in der öffentlichen Verwaltung geführt. Der Präsident habe nun auch die Möglichkeit, die Leiter der meisten öffentlichen Behörden zu ernennen. Rückschritte wurden zudem im Kampf gegen die weitverbreitete Korruption festgestellt.

Die EU-Kommission macht der Türkei daher kaum noch Hoffnungen auf einen Beitritt zur Europäischen Union. Der türkische Vize-Außenminister Faruk Kaymakci sprach von einer unfairen Kritik und erklärte, der EU-Bericht spiegele nicht die tatsächliche Lage im Land wider.

Ukraine

Krimtataren wegen Extremismusvorwürfen verhaftet

Auf der von Russland annektierten Krim wurden acht Krimtataren von einem Gericht in Simferopol aufgrund von Extremismusvorwürfen zu einer zweimonatigen Untersuchungshaft verurteilt. Die Männer waren am 10.06.19 von Beamten des russischen Sicherheitsdienstes (FSB) und der Polizei bei Hausdurchsuchungen verhaftet worden. Dem FSB zufolge seien die Männer Mitglieder der islamistischen Gruppierung Hizb ut-Tahrir, welche in Russland verboten ist, jedoch nicht in der Ukraine. Bereits im März und April 2019 hatte der russische Sicherheitsdienst 24 Krimtataren wegen des Verdachts auf Mitgliedschaft in der islamistischen Gruppierung verhaftet. Für Menschenrechtsorganisationen sind die Verhaftungen Teil einer Kampagne gegen Mitglieder der turksprachigen Krimtataren und Andere, die sich gegen die russische Übernahme der Krim ausgesprochen hatten.

Usbekistan

Präsident begnadigt Häftlinge

Zum Ende des muslimischen Fastenmonats sollen am 04.06.19 durch ein Dekret des usbekischen Präsidenten, Shaukat Mirziyoyev, 361 Häftlinge begnadigt worden sein. Von 214 Gefängnisinsassen wurde die Haftstrafe verkürzt.

Venezuela

Grenzöffnung zu Kolumbien

Am 08.06.19 wurden die Grenzübergänge zu Kolumbien wieder geöffnet, die rund vier Monate lang geschlossen waren. Es kam zu langen Schlangen und einem regen Grenzverkehr. In den vorhergegangenen Monaten hatte die Aktivität an diversen irregulären Grenzübergängen massiv zugenommen, effektiv reduziert wurden weder der Schmuggel noch die Emigration.

Neuer Rekord an Auswanderungen

Am 14.06.19 stellte der UNHCR die neuesten Zahlen zur Fluchtbewegung aus Venezuela vor. Nachdem Ende 2015 die Zahl Geflüchteter noch bei knapp unter 700.000 lag, überschritt sie zur Jahresmitte 2019 nun die Grenze von 4 Millionen. Der Exodus beschleunigt sich also erheblich. Insgesamt gibt es etwa 31 Millionen Venezolaner.

Vietnam

Aktivist zu Haftstrafe verurteilt

Ein Gericht in der Provinz Ben Tre verurteilte am 06.06.19 den Umweltaktivisten Nguyen Ngoc Anh wegen der Verbreitung von Regierungskritik in sozialen Medien zu sechs Jahren Haft.